

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M. in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10 — Mk. das Kantend. zusätzl. Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 1 1. Blatt

Donnerstag, den 1. Januar 1930

33. Jahrg.

Zu Neujahr 1931.

Von
Hermann Dietrich,
Reichsminister der Finanzen.

Die Zeit, die man mitterleibt zu verstehen, ist ungewöhnlich schwer, und das Urteil der Zeitgenossen über sie ist entsprechend getrübt, oft falsch. So hören wir zwar gegnermäßig, daß ein gemäßigtes Umkleen aller politischen und wirtschaftlichen Auffassungen in unserem Volke vorliegt, aber wir erkennen die Vorgänge in einzelnen nicht scharf. Schon die Tatsache, daß wir zwischen dem Bolschewismus der Russen und dem Großkapitalismus der westeuropäischen Völker und Amerikas eingeklemmt sind, sollte uns zum Nachdenken über unsere Lage und über die Entwicklungsgänge, unter denen wir leben, Veranlassung geben. Ein scharfer Blick in das politische Getriebe der Gegenwart zeigt dem aufmerksamen Beobachter die totale Verdrängerung, die die beiden letzten Dezennien mit sich gebracht haben. Lesen wir die Presse, hören wir die Parlamente, oder vollends die Volkssammlungen, so tönt es überall: Wo bleibt die Regierung, warum hilft sie nicht, warum macht sie dies nicht, warum fängt sie jenes nur zögernd an, warum läßt sie die Preise so hoch und die Einkommen so gering, warum floßt der Absatz, weshalb gehen die Zinsen nicht zurück. Immer wieder fragt man, warum ändert die Regierung diese Dinge nicht? Es mag sein, daß einzelne Berufsgruppen, wie die freien Berufe, das Handwerk und die Kaufleute, noch außerhalb dieser Gedankengänge stehen. Aber im großen heißt man nur, daß alles nach dem Einkreisen des Staates ruft. Wenn die Völker von uns nicht fragen, wie es vor zwanzig Jahren damit ausgefallen hat, so werden sie finden, daß damals niemand auf den Gedanken gekommen wäre, daß es Aufgabe des Staates sei, die Preise zu machen, die Löhne zu kontrollieren, die Arbeitslosen zu unterstützen, das Bauwesen zu pflegen und für den notleidenden Teil der Bevölkerung Arbeit zu schaffen. Heute dreht sich vornehmlich um diese Fragen die Politik. Man muß sich nur wundern, daß gerade diejenigen ständig nach Hilfe schreien und das Einkreisen des Staates fordern, die im übrigen freie Wirtschaft predigen und den Sozialismus oder Marxismus in Grund und Boden verdammen. Aber es hat keinen Zweck, sich mit dieser geistigen Vermirrung auseinanderzusetzen. Staat und Gemeinde sind in steigendem Maße, abgesehen von der Uebernahme sozialer Pflichten, Unternehmer und Arbeitgeber geworden, und vielleicht ein Drittel des gesamten Volkseinkommens geht durch die öffentliche Hand. Mit den alten Rezepten sind bei dieser Lage die Aufgaben nicht mehr zu meistern. Wenn man auch jetzt entschlossen ist, Mischgänge zu betreiben und eine Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft zu verhindern — gerade ich habe diesen Entschluß betätigt —, so muß man doch erkennen, daß wir vor neuen Verhältnissen und neuen Schwierigkeiten stehen. Auch die politischen Vorgänge unserer Zeit und die Gestaltung und Entwicklung der Parteien sind schließlich eine Folge völlig veränderter Zustände. Je weitgreifender aber die Funktionen des Staates und der Gemeinde sind, desto wichtiger im Leben des einzelnen wird die Politik.

Die Einstellung zu den politischen Angelegenheiten ist im deutschen Volke eine zwiespältige. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die alles verwerfen, was seit dem Zusammenbruch des Reiches und der Revolution wieder aufgebaut worden ist, die nicht wissen, aus welchem Chaos das heutige deutsche Staatswesen wieder erkunden ist, und die in blinder Mut alles Bestehende vernichten und zerstören wollen. Auf der anderen Seite finden wir die staatsbejahenden Elemente, die bei aller Kritik am Bestehenden und bei allem Willen zur Reform sich darüber im klaren sind, daß es gilt, auf der neu gewonnenen Grundlage des heutigen Staates Nation und Wirtschaft weiterzuentwickeln. So ist ein Kampf entbrannt zwischen den erhaltenden und aufbauenden Elementen, die den wahren Zusammenhang der Dinge zu verstehen suchen und aus dieser Erkenntnis einen gelunden Fortschritt anstreben, und den negierenden und zerstörenden Elementen auf der anderen Seite, die lediglich die Fehler sehen und deswegen das Ganze vernichten wollen. In diesem Kampfe geht es nicht mehr um den Gegensatz zwischen Fortschritt und Konföderativismus. Sowohl die gelunden fortschrittlichen als auch die konföderativen Elemente bejahen den heutigen Staat. Ihr Gegensatz ist nicht mehr der entscheidende Hauptpunkt im politischen Kampfe. Im Vordergrund dieses Kampfes steht vielmehr der Streit um die Behauptung des Reiches in seiner heutigen republikanisch-parlamentarischen Form. In diesem Kampfe wird sich erweisen, ob die konstruktiven Kräfte des Volkes stärker sind als

die zerstörenden. Die Leistungsfähigkeit jeder Nation bemisst sich danach, ob und inwieweit die aufbauenden Elemente in ihr stärker sind als die zerstörenden Kräfte. Ueberwiegen die letzteren, dann ist das Schicksal eines Staates entschieden, und der staats- und volksverbundene Charakter solcher Bewegungen wird späterhin von der Geschichte verzeichnet, indem sie den Untergang eines solchen Volkes berichtet. Der Kampf gegen alles Zerstörende predigen, heißt das Gegenteil von demjenigen tun, was patriotische und nationale Gesinnung verlangt. Es hat in der Weltgeschichte noch keine Idealstaaten gegeben, aber auch noch nie ein Volk, das seine staatliche und völkische Existenz noch lange aufrecht erhalten konnte, wenn es seinen Staat und dessen Verteidigung nicht als seine oberste Aufgabe erkannte. Infolgedessen geht es auch in Deutschland darum, den mühselig wieder aufgebauten heutigen Staat trotz aller Mängel, die er aufweist, zu achten und zu verteidigen als das große Saus, in dem das deutsche Volk wohnt.

Die kommenden Jahre sind Schicksalsjahre Deutschlands. Der sifistorisch bedingte und Verständnis dafür aufbringen, daß es schwer ist, das deutsche Volk zu einer wahren Nation zu entwickeln, wenn wir bedenken, daß nach dem Untergang des mittelalterlichen Kaiseriums die territorialen Interessen der Fürsten, Bischöfe und Städte auf dem Gebiet des alten deutschen Reiches sich bis zur Lächerlichkeit ausgetobt haben, daß sie das deutsche Volk in tausend Fehden und Schlitter zerrissen und ihm den Gedanken, daß wir schließlich doch noch eine große Nation sind, fast geraubt haben. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß noch im Jahre 1849 Preußen und Mecklenburg in die Baden entstandene Reichsbewegung tätig unterdrückt und noch im Jahre 1898 die Süddeutschen und Dellerländer geschlossen gegen Preußen aufgestanden haben, so kann man sich ausmalen, welche Mühe es kosten wird, bis unser Volk sich ebenfalls als Nation befreit, wie das die letzten Jahrzehnten geschlossenen Nationalitäten des Weltens tun. Das deutsche Volk muß sich darüber bestimmen, ob es alle seine Kräfte an die Entwicklung seines Staatswesens und an die Erhöhung der Macht unseres Reiches legen, oder ob es in einem Kampfe der Parteien und Interessen sich aufzulösen will. In zweiter Linie wird und muß dieser letztere Kampf sein. Wenn aber ein Volk ihn in die erste Linie rückt und sich in diesem Kampfe erschöpft, dann hat es seine Rolle ausgespielt.

Wir sehen bewußt den Kampf um die Behauptung und Entwicklung des Staates in die erste Linie und den Kampf um die Interessen der einzelnen Gruppen in die zweite. Wir wissen, daß der einzelne Staatsbürger ist wie ein Halm im Kornfeld. Wenn der Hagel es zerstört, geht er mit unter. Wir sehen das herausgehobene Betier und wollen alles daran setzen, es von unserem Staate, von unserem Volke und von unserer Wirtschaft abzulösen.

Eine schwierige Mission.

Die Aufgaben des neuen polnischen Befehlshabers.
Warschau, 31. Dezember.

Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski“ widmet dem neuen polnischen Befehlshaber in Berlin, Wjolski, einige warme Glückwünsche. Berlin sei augenblicklich der schwierigste Posten für einen polnischen Diplomaten.

Ueber die Schwierigkeiten der Berliner Vertretung schreibt das Blatt: Wenn man sich vorwärts, daß die Grundaufgabe jeder diplomatischen Vertretung die Herbeiführung nach Möglichkeit der besten Beziehungen zwischen dem eigenen und dem fremden Staat sei, könne man sofort die Schmere der Aufgabe des Befehlshabers Wjolski verstehen. Am Augenblick sei in Berlin die Arbeit an der Herbeiführung irgendeines modus vivendi mit einer Quadratur des Kreises zu vergleichen. Sich in einer Zeit, wo in Deutschland Verunsicherung, Ueberlegung und Mühsamkeit auf der Börse der nationalen Eigenschaften 90 v. H. eingebüßt hätten, auf Ueberlegung und Interessen zu berufen, entspreche ganz einem Unternehmen des Don Quixotte.

In einer Almosphäre, die von Leidenschaft erfüllt sei, die überdies ganz direkt gegen Polen gerichtet seien, bedürfe es ganz außerordentlicher persönlicher Begabungen, um gute Verhältnisse mit einer Regierung herbeizuführen, deren Mitglieder mit dem Programm der Revision der deutsch-polnischen Grenze offen herzutreten. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß es in diesem Augenblick kaum möglich sei, durch den guten Willen von polnischer Seite irgend etwas Positives zur Entspannung der deutsch-polnischen Verhältnisse beizutragen.

Senatsneubildung in Bremen.

Die Stellungnahme der D. V. P. angekündigt.
Bremen, 30. Dezember.

Dem Vorstand des Landesvereins Bremen der D. V. P. ist der NSDAP mitgeteilt worden, daß die Frage der Neu- und Umbildung des Senats verfassungsgemäß Sache der neuen Fraktion der D. V. P. in der Bürgerkammer sei. Die Stellung des Vorstandes des Landesvereins der D. V. P. zu der angelegentlichsten Frage dürfte aus dem Wahlkampf bekannt sein.

Wie erinnerlich, hatte die Parteileitung der NSDAP an die Parteien und Fraktionsleitungen der bürgerlichen Parteien Bremens die öffentliche Aufforderung gerichtet, sich zu äußern, ob sie bereit seien, sich mit allen Kräften für die Bildung eines marzifreien Bremer Senats einzusetzen. Nach der Antwort der Wirtschaftspartei und der Haus- und Grundbesitzer ist die Antwort der D. V. P., deren Bürgerkammerfraktion mit 15 Mitgliedern die zweitstärkste nicht-marzifreie Gruppe ist, die letzte noch ausstehende Stellungnahme. Die Deutschnationalen werden keine Antwort erteilen, da ihnen die Anfrage der NSDAP offiziell nicht zugeworfen ist. Ihre Ministerium wurde stillschweigend als selbstverständlich vorausgesetzt. Die endgültige Entscheidung über die Bildung eines marzifreien Bremer Senats hängt also von der Haltung der neu gewählten Bürgerkammerfraktion der D. V. P. ab.

Eine englische Skizze.

Der „Observer“ über die Polen-Greuel in Ostgalizien.
London, 31. Dezember.

Zu den polnischen Greueln in Ostgalizien schreibt der „Observer“, niemand könne mehr die Schmerz der Verbrechen beweisen, auch wenn man gewohnheitsmäßig den Klagen der Minderheit wenig Gehör zu schenken pflege. Die Beweise seien zu zahlreich und zu überzeugend; die Art der Verbrechen verlange eine sofortige drastische Verurteilung.

Der Völkerbund hat diese Bewegungen eine wichtige Aufgabe und werde damit auch dem Wunsch aller erstrebenden Polen entgegenkommen, die ihr Land von dem im Ausland erhobenen Beschuldigungen wegen der Wjolski-Greuel befreit sehen wollten.

Der diplomatische Korrespondent desselben Blattes betont, der deutsche Protest wegen der Vorgänge in Ostgalizien sei von allergrößter Bedeutung; bisher sei noch keine Urkunde veröffentlicht worden, die die deutsche Note. Der Korrespondent meint, zunächst würden die Erörterungen der Formalitäten eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen; es bestche aber kein Grund für Dr. Curtius, den Vorfall in der Reichstagung im Januar einem anderen zu übertragen, denn es ständen auch andere für Deutschland wichtige Fragen, wie das Datum der Abrüstungskonferenz, auf dem Programm.

Propaganda des „Germanismus“.

Wie das „Echo de Paris“ über die Offreise des Kanzlers denkt
Paris, 31. Dezember.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt, daß man deutscherseits die Reise des Kanzlers zwar als eine Studienreise hinstelle, daß es sich aber in Wirklichkeit um nichts anderes handle, als um eine Propagandareise mit dem Ziel, die Landbevölkerung zur pangermanistischen Propaganda anzuführen.

Brüning und Curtius wüßten nach dem Ergebnissen der polnischen Wahlen sehr wohl, daß die Zeit in Oberschlesien, im Korridor und selbst in Ostpreußen gegen sie arbeite. (!)

Nach den schönen Worten und leeren Versprechungen für Steuerermäßigungen habe die Reichsregierung die Zeit für gekommen, endlich eine aktive Politik anzuhaken. Unter dem Vorwand landwirtschaftlicher Beihilfen, werde sie nunmehr beträchtliche Summen zur Verfügung derjenigen Elemente stellen, die in hartnäckiger und abgemessenem Kampf den polnischen Gedanken kämpfen. Die Reise Brüning's bedeute daher den Beginn einer Propaganda großen Stils zugunsten des Germanismus in den Grenzprovinzen des Ostens.

Der polnische Innenminister in Ostoberschlesien, Kattowitz, 31. Dezember. Der Innenminister Kattowitz weiß in der Wojewodschaft Schlesien, um, wie die „Polna Zgodnia“ meint, in Begleitung des Wojewodschaftsrates Saloni und der zuständigen Landräte diejenigen Ortschaften zu besuchen, in denen während der letzten Wahlen Terroratere verübt wurden. Der Minister verhandelt nicht nur mit den unabhängigen Ortsbehörden, sondern läßt sich auch von den Geliebtesten selbst unterrichten. Wie die „Polna Zgodnia“ bemerkt, soll der Besuch des Ministers dazu dienen, geeignetes Gegenmaterial gegen die deutschen Anschuldigungen zusammenzustellen.



Auch im neuen Jahre

liefern Ihnen

**fämtliche Unterhaltungs-,
Rundfunk-, Fach- und
Mode-Zeitschriften**

zu Originalpreisen, frei Haus und erbittet
Bestellungen die

Buchhandlung Richard Arnold, Kemberg

Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Falsche Gerüchte über Junkers

Deßau. Die Gerüchte, daß einem großen Teil der Angestellten der Junkerswerke gekündigt worden sei, entsprechen, wie wir erfahren, nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß inolge Kündigung des Angestelltenvertrages durch den Arbeitgeberverband auch die Junkerswerke vorordentlich Kündigungen in der Ablicht vorgenommen haben, sich den Weg für neue Vereinbarungen mit ihren Angestellten freizubehalten. Das soll den Angestellten auch ausdrücklich erklärt worden sein.

Wieder Entlassung von 350 Arbeitern

Grünwald (Kr. Liebenwerda). Den auf der Koennegrube beschäftigten circa 350 Arbeitern des Abraumbetriebes und der Wertstoff ist die Kündigung für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1931 zugestimmt worden.

Schönebeck. Doppelte Biersteuer. Um der Stadt die Sanierung ihrer Finanzen zu erleichtern, hat die Staatsregierung die zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages für 1930 einen Zuschuß von etwa 150 000 RM in Aussicht gestellt. Doch ist hieran die Bedingung geknüpft, daß eine Verdoppelung der bereits erhöhten Biersteuer vorgenommen wird.

Beelenstedt (Mansfelder Gezeire). Luftfahrt mehrerer Bahnhofs-einbrüche. Den Bemühungen der Polizei gelang es, die zahlreichen Einbrüche in das Bahnhofsgebäude der Halle-Beilenstedter Eisenbahn und einen Einbruch in den Maschinenraum der Netzesisenbahn-Gesellschaft in Beelenstedt aufzuklären. Als Täter wurde ein 16 Jahre alter Schloßlerlehrling aus Beelenstedt festgenommen. Ein Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigekauft werden. Ob der jugendliche Dieb sich noch andere Verhehlungen hat zuzufinden kommen lassen, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Greiz. Dreifacher Zusammenstoß. In der sogenannten S-Kurve auf der Zennendorfer Brücke ereignete sich ein Autounfall, bei dem Menschenleben nicht ernstlich gefährdet waren. Ein färbereilauter einer Glauhauser Firma, das färbereilauter führt, gibt auf der vorderen Straße aus und prallte gegen zwei aus der Sicht kommende Reichsbahner. Ein Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigekauft werden. Die Fahrer trugen nur unbedeutende Verletzungen davon. Lebendig vercrant

Zwickau. In Steinpleis wurde die 45 Jahre alte Ehefrau des Totenbestatters Klawitter in ihrer Wohnung von ihrer heimkehrenden Tochter tot aufgefunden. Der Körper wies starke Brandwunden auf, die Weiber waren teilweise verbrannt. Es wird vermutet, daß die Frau, die allein im Hause war, Feuer anzumachen wollte und mit Petroleum oder Spiritus den Feuer zu nahe gekommen war. Neben dem Ofen lagen die Splitter einer Glasflasche.



Wollentkasperie als Ankermaß.

Auf dem Dache des Empire State Building, eines der neuen „Leberwollenträger“ Neuworke, ist ein Ankermaß errichtet worden, der fälschlich durch die Ankerung eines Kleinluftschiffes eingeweicht wurde. Unter Bild zeigt das Kleinluftschiff beim Anlegen an dem Ankermaß.

Brennholz-Verkauf

Forstrevier Sackwitz

Dienstag, den 6. Januar 1931, von 10 Uhr ab öffentlich meistbietend

- ca. 60 Kief. Stangenhausen
- „ 20 Stk. Kief. Nusstangen
- „ 10 Kadeln Kiefernreißig
- „ 20 Schock Reißigbünd (trocken)
- „ 50 rm Kief. Rollen, trocken

(freiändige Abgabe)

Sammelort am Forsthaufe. Bedingungen im Termin. B. Date

Zur Morbiache Schmoot

Magdeburg. Zur Morbiache Schmoot wird weiter folgendes mitgeteilt: Am 21. Dezember wurden in der Nähe des Teichters zwei männliche Personen gefolgt, die um 19.15 Uhr von Wendemark in Richtung Werben und um 20 Uhr in Richtung Wendemark zurückgingen. Es soll sich um eine größere und eine kleinere Person handeln, die beide im Alter von etwa 25 Jahren liegen. Sie sollen beide dunkle Ballontücher getragen haben. Beide trugen lange Hosen und Spazierhüte, die kleine Person außerdem eine helle Windjacke. — Dem erstgenannten Schmoot sind außer seiner schwarzbraunen Brieftasche mit einem größeren Geldbetrage das Straßengeld und der Wandergewerbetisch mit seinem Sichtbilde geraubt worden. — Der Regierungspräsident in Magdeburg hat für Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Erfassung der Täter dienen, eine Belohnung in Höhe von 500 RM ausgesetzt.

Mädchenmord bei Bad Lausitz?

Bad Lausitz. Zwei junge Männer aus Frauendorf bei Bad Lausitz fanden in den sogenannten Leitzgraben, einem Waldstück westlich der Straße Frauendorf-Griehaus, in einer mit Baumstämmen und Holzspänen überdeckten Grube eine weibliche Leiche, die in der Grube etwa 30 Zentimeter tief vergraben und bereits fast in Verwesung übergegangen war. Es handelt sich um die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens. Offenbar liegt ein Verbrechen vor, da die Leiche Kopfverletzungen aufweist. Jeder den Täter fehlt zunächst jeder Anhaltspunkt. Vermutlich hat die Leiche schon vier bis fünf Monate am Fundort gelegen. Die Leiche wurde zur Section nach Leipzig gebracht, um die Todesursache festzustellen.

Stendal. Scherer im Unfall. In der hiesigen Zutfabrik verunglückte der Werkmister Witschur aus Stendal schwer. Aus noch nicht geklärt Ursache ergoß sich aus einer Leitung heißer Kogzucker, durch den der Werkmister verbrüht wurde. Der Verunglückte wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Landwirtschaftliches.

Die Kehrseite der Medaille. Die „Landtechnik“ (der Präsident des Reichslandwirtschafts für Technik in der Landwirtschaft) schreibt dem Sinne nach: Zahlreiche Forderungen bestehen in den letzten Wochen. Die „Kehrseite der Motorisierung“ und weisen dabei auf Amerika hin, das durch Abnahme von Zugtieren über hiesigen Maschinenpark überland für menschliche Nutzung gewonnen habe. Dadurch sei die Leberzeugung noch größer geworden und habe die Preise nach oben gedrückt. — Dieses Beispiel darf nicht auf Deutschland angewendet werden! Denn wir haben immer noch eine Einfuhr von über 3 Milliarden RM. für Nahrungsmittel, haben also nicht Land genug, alle unsere Menschen zu ernähren. Für uns ist allein maßgebend, was wirtschaftlicher ist, Zugtiere oder Maschine. Da neuerdings die Viehanpannung den Weiden zugute kommt, andererseits die Maschinenarbeit stetig verbessert und verbilligt wird, so muß jeweils von Fall zu Fall entschieden werden, was vorteilhafter ist.

Nah und Fern.

Berlin. Ein Kraftwagen in die Spree geführt. Die Berliner Feuerwehr wurde von mehreren Seiten nach dem Alexander-Ufer alarmiert. Dort war ein bester Kraftwagen am Humboldt-Hafen ins Wasser geführt. Bei dem Unfall selbst sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

Berlin. Beim Stilaufen tödlich verunglückt. Der Berliner Gemeindevorsteher Leo Waids, der in der Fudgerbaude im Westendgebirge einen Stützpunkt für Berliner Gemeindevorsteher und -lehrerinnen leitete, fuhr zwischen Schleierhaus und Hangelbaude gegen eine Markierungsstange. Die serpillierte Stange drang Waids in den Leib. Der Schwereverletzte ist im Arnsdorfer Krankenhaus verstorben.

Berlin. Siebzehn Frauen durch Gas vergiftet. Die Wäscheabfuhr Behr. Ritter teilte der Berliner Feuerwehr mit, daß dort einige Frauen infolge Gasaustrittung erkrankt seien. Die Feuerwehr ermittelte sofort einen Vorstoß mit mehreren Sauerstoff-Apparaten zur Unfallstelle, wo sich herausstellte, daß nicht weniger als siebzehn Frauen in einem Räumraum durch Gasaustrittung aus einem schadhafte Rohr erkrankt waren. Fünf Frauen hatten bereits vor Ankunft der Feuerwehr das Haus verlassen. Zwölf Frauen mußten mit Sauerstoff-Apparaten behandelt werden, so daß weitere Apparate aus der Wache angefordert wurden. Drei Frauen sollen schwer erkrankt sein, aber nicht mehr in Lebensgefahr schweben.

Stendal (Altmark). Von einem Gespann überfahren und getötet. Ein Unglücksfall mit seinem eigenen Gespann brachte dem Landwirt Carl Wackstein im nahen Nüg ein schnelles Tod. Er war zum Ribbenfahren auf das Feld mit seinem Knecht und seinem 20jährigen Sohn hinausgefahren. Beim Anfahren des schweren Gespanns fiel er vom Wagen und geriet unter die Räder, die ihn über den Hals gingen. Der Tod trat sofort ein.

Eilenach. Eisenacher Segelflieger tödlich abgestürzt. Der 20jährige Segelflieger Wölke von der Fliegergruppe Eilenach unternahm an den Hängen des Großen Frieberges einen Flug mit einem von ihm selbstgebasterten Flugzeug, mit dem er bereits mehrfach erfolgreiche Probeflüge ausgeführt hatte. Kurz nach dem Aus-

flug stürzte er am Südhange des Berges aus beträchtlicher Höhe ab und wurde tot unter den Trümmern des Apparates geborgen. Seine Eltern waren Zeugen des Absturzes.

Rhin. Der Bantraubin Rhin. — Ein Autodieb verhaftet. Ein der Kriminalpolizei bekannter Autodieb ist festgenommen worden, da er im Verdacht stand, an dem Ueberfall auf die Filiale des Schaffhauser Bantraubvereins in Rhin-Bindental beteiligt gewesen zu sein. Er stellte seine Beteiligung an dem Ueberfall in Abrede, räumte jedoch ein, gegen Zahlung einer erheblichen Geldsumme für die Verbrecher einen Personentransport gefolgt zu haben, mit dem der Raub ausgeführt wurde. Im Beise der Festgenommenen wurden etwas über 700 Mark aus dem Raub sowie eine geladene Pistole vorgefunden.

Mainz. Junge Leute belästigen den Mainzer Bischof. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde der Mainzer Bischof Dr. Maria Hugo nach der Heimkehr von der Weihnachtsmesse unterwegs von jungen Leuten belästigt. Ein in seiner Begleitung befindlicher junger Geistlicher konnte die Angreifer vom Bischof fernhalten. Auf Hilfe riefen die Angreifer das Weite. Der Mainzer Bischof hat in den letzten Tagen eine Reihe von Drohbrieffen erhalten, so an einem Tage über 50 Stück. Der Bischof beschäftigt die Polizeibehörden.

Ein verwegener Straßenraub.

Beute 90 000 RM.

Mainz, 31. Dezember.

In der Nähe des Reichshanggebäudes wurde auf stark belebter Straße ein äußerst verwegener Straßenraub ausgeführt. Zwei Angestellte der Mainzer Volksbank hatten von der Reichsbank Ultimo-Gelder in Höhe von 90 000 RM. erhoben. Von dem Aufgebäude sprangen aus einem Personenauto, das längere Zeit vor der Reichsbank gehalten hatte, und permäßig gelassen ist, zwei mit Revolvern bewaffnete Männer und raubten blitzschnell die Aktenkoffer mit sämtlichem Gelde. Als in der Nähe befindliche Straßenspatzen hinzusprangen, gab einer der Banditen Schüsse ab.

Das Auto der Räuber wurde von Mainzer Stadtpolizei und Autos über die Straßenbrücke in Richtung Frankfurt verfolgt. Das Auto nahm ein derartig schnelles Tempo an, daß es ihm gelang, sich aus der Sichtweite der Verfolger zu entfernen. Später Jagdhelm entkam der Wagen, ohne daß man feststellen konnte, in welcher Richtung er sich bewegte. Man nimmt an, daß die beiden Räuber diebeilen sind, die in der Ebert-Siedlung in Mainz zwei Wäckerburken, die mit Geldentlastungen beladung waren, überleben und 20 Mark raubten. Die beiden Räuber waren massiert.



allen unsern verehrten Lesern und
Leserinnen, Geschäftsfreunden und
Mitarbeitern
Verlag der Kemberger Zeitung

Die nächste Nummer der „Kemberger
Zeitung“ gelangt am Freitag abend
zur Ausgabe.

Kirchliche Nachrichten.

Schloßter (31. Dezember).

Kemberg.

Abends 8 Uhr: Jahresabschlussandacht Pfarrer Ahmus.

Neujahr: 1. Januar 1931.

Kollekte für bedürftige Gemeinden in der Provinz Sachsen.

Kemberg.

Vorn. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst Propst Vertram

Gommla

Vorn. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst Pfarrer Ahmus.

Einen Lehrling

stell. unter günstigen Bedingungen ein
Otto Mattheß, Schlossermeister

4 Zimmer Wohnung

(auch ger. vermietet)
Schmiedebergerstr. 22

Für die Glückwünsche und Geschenke zu unserer
Verählung sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Fritz Eisermann und Frau
Hedwig geb. Pfeifer

Hausgrundstücks-Verkauf

Wir beschließen unsere Hausgrundstücke in Kemberg, Kreuzstraße 3 u. 4 getrennt oder zusammen freihändig zu verkaufen
H. Stecher und Frau
Kemberg, Wittenberger Str. 29

Eine Kartoffelschleuder

gut erhalten, weil zu hart, zu verkaufen. Auskunft durch die Geschäftsstelle d. Ztg.

Freitag, den 2. Januar, vorm. von 10 Uhr ab
sollen auf **Heinrichs Plan, Gnieß** (Wahre) öffentlich meistbietend
verkauft werden

ca. 200 rm trockenes tief. Kollholz
Der Besitzer

Bedingungen im Termin

Zu Sylvester-Feiern

empfehle

Glücksblei

Scherzartikel

Witzkarten

Richard Arnold

Leipziger Straße 64 u. Markt 3

Zum Sylvester

empfehle billig

Rum's - Arrak

Weinbrände

Weinbrand-Verfälschte

Punsch - Hochf. Liköre

Weißweine, Fruchtweine

Rotweine

Südwelne } auch vom Faß

ferner

Heringe - Sardellen

Gurken - Kapern

Perlzwiebeln

Bratheringe - Rollmops

Oelfardinien - Hering in Belee

Lachs in Öl - Lachsheringe

Fleischsalat

ff. Speiseöl - Senf

in besten Qualitäten

C. G. Pfeil

Zum Sylvester

empfehle

ff. Pfannkuchen

O. Herrmann, Bäcker

Gicht- und Rheumatranke!

können sich von ihrem qualvollen
Leiden befreien durch Carl Baders
Divinalsalbe. Seit Jahrzehnten
1000fach bewährt bei Gicht,
Rheuma, Schias, Nervenleiden.
Schmerzstillend u. heilend. Wirkung
überragend. Zahlreiche
Dankschreiben von Geheilten.
Preis 1,50 u. 3.- RM.
Apothek Kemberg.
Apothek Bad Schmiedeberg.

Ateritz

Am Mittwoch ladet zum
Sylvesterball
verbunden mit Verlosung
freundl. ein C. Gersbeck



Ziegen, Kaninchen-
u. Geflügelzüchter-
Verein.

Am Donnerstag, den
1. Januar 1931, vormittags 10
Uhr in der Goldenen Weintraube
Verammlung
Wichtiges über die Milchkontrolle
Der Vorstand

Schützenhaus - Kemberg

Am 1. Januar (Neujahr)

von nachmittags 6 Uhr an

Tanzkränzchen

Stimmung wie immer

Eintritt und Tanzgeld 50 Pfennig

Es ladet freundlichst ein

C. Fröhnel

Schwere Leinwand

(guter Veller) mit Kalb verkauft
Gartenstraße 4

Gommlo

Am Neujahrstag von abends 7 Uhr



Tanz

wozu freundlichst einladet
Ernst Kluge

Ertauring

gefunden. Abzuholen bei
Goth. Senfisch, Dübener Str.

Sackwig

Am 1. Januar, von abends 7 Uhr an

Neujahrball

Es laden freundlichst ein

Bruno Wlner und Frau

Jeder Gewerbetreibende und Handwerker
benutzt mit Vorliebe die überall bekannte
Gewerbliche Umsatz- und Einkommensteuer-
Einbuchführung
mit genauen Uebersichts- und Bilanztabellen Preis je nach
Stärke von 4,85 RM ab
Richard Arnold, Kemberg

Die herzlichsten Glückwünsche

allen lieben Gästen, Freunden und Bekannten

zum Jahreswechsel

Bahnhofswirtschaft

L. Carl und Frau

Goldene Weintraube

Allen Einwohnern von Kemberg und Umgebung, sowie
den verehrten Vereinen

die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!

Erich Schütze und Frau

Unserer werten Kundschaft sowie Freunden
und Bekannten

zum Jahreswechsel

die
herzlichsten Glückwünsche

Otto Leibniz und Frau

Unserer werten Kundschaft, Freunden und
Bekanntem die

herzl. Glückwünsche zum Jahreswechsel

Friseur Max Lehmann und Frau

Ein gesundes Neujahr

wünschen wir allen unsern werten
Kunden, Freunden und Bekannten
Fleischermeister Willy Räß und Frau

Allen lieben Kunden, Freunden
und Bekannten wünscht ein

recht glückliches neues Jahr!

Leidmühle

Familie Schüge

Unserer werten Kundschaft, Geschäftsfreunden
und Bekannten wünschen wir ein
gesundes und glückliches

neues Jahr

Richard Hamann u. Frau

Reuden

Allen unseren werten Gästen und Bekannten
wünschen wir ein

glückliches neues Jahr!

Paul Krausemann u. Frau

Ateritz

Allen unsern werten Gästen, Freunden und
Bekanntem wünschen wir ein

frohes Neujahr

Ernst Gersbeck und Frau

Unserer werten Kundschaft sowie lieben Gästen

zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glückwünsche

Fleischermeister Ernst Bachmann und Frau

Waldhaus Niemitz

Meinen werten Gästen

von Nah und Fern

ein gesegnetes Neujahr!

Frau Gessner

Lubast

Am 1. Januar 1931

groß. Neujahrball

Es ladet freundlichst ein

Der Wirt

Allen unsern werten Gästen, Freunden
und Bekannten

herzlichste Wünsche zum Jahreswechsel

Herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel!

Bitterfelder Aktien-Bierbrauerei

vorm. A. Brömme

Kotta Gasthof Jahn

Sonabend, den 3. Januar, 8 Uhr

großes Konzert

ausgef. von der Schützenkapelle
Bad Schmiedeberg in Uniform
u. a. Fanfarenmärsche für Herolds-
trompeten mit Reffelpauten
Tubaphonolo usw.
Eintritt 75 Pfennig einchl. Steuer

Tanzkränzchen

2 Kapellen Stimmungsmusik

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg - Fernsprecher Nr. 203.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückerstattung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Adresszeile 40 Pfg., Auslassungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbege und unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mf. das Land, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 1 1. Blatt

Donnerstag, den 1. Januar 1930

33. Jahrg.

Zu Neujahr 1931.

Von
Hermann Dietrich,
Reichsminister der Finanzen.

Die Zeit, die man miterlebt, zu verstehen, ist ungewöhnlich schwer, und das Urteil der Zeitgenossen über sie ist entsprechend geteilt, oft falsch. So hören wir zwar gegenwärtig, daß eine gewaltige Umstellung aller politischen und wirtschaftlichen Auffassungen im einzelnen nicht über. Schon die Tatsache, daß wir zwischen dem Volksevidenzismus der Russen und dem Großkapitalismus der westeuropäischen Völker und Amerikas eingeklemmt sind, sollte uns zum Nachdenken über unsere Lage und über die Entwicklungsgänge, unter denen wir leben, Veranlassung geben. Ein scharfer Blick in das politische Getriebe der Gegenwart zeigt dem aufmerksamen Beobachter die totale Veränderung, die die beiden letzten Jahrzehnte mit sich gebracht haben. Lesen wir die Presse, hören wir die Parlamente, oder wendens die Volkstrensammlungen, so tönt es überall: Wo bleibt die Regierung, warum hilft sie nicht, warum macht sie dies nicht, warum sährt sie jenes nur zögernd an, warum läßt sie die Preise so hoch und die Einkommen so gering, warum stoßt der Absatz, weshalb gehen die Zinsen nicht zurück. Immer wieder fragt man, warum ändert die Regierung diese Dinge nicht? Es mag sein, daß einzelne Berufsgruppen, wie die freien Berufe, das Handwerk und die Kaufleute, noch außerhalb dieser Gedantengänge stehen. Aber im großen sieht man nur, daß alles nach dem Einkreisen des Staates ruht. Wenn die Völker nicht anfangen sich fragen, wie es vor zwanzig Jahren damit ausgefallen hat, so werden sie finden, daß damals niemand auf den Gedanken gekommen wäre, daß es Aufgabe des Staates sei, die Preise zu machen, die Löhne zu kontrollieren, die Arbeitslosen zu unterstützen, das Bauwesen zu pflegen und für den notleidenden Teil der Bevölkerung Arbeit zu schaffen. Heute dreht sich vornehmlich um diese Fragen die Politik. Man muß sich nur wundern, daß gerade diejenigen kühnlich nach Hilfe schreien und das Eingreifen des Staates fordern, die im übrigen freie Wirtschaft predigen und den Sozialismus oder Marxismus in Grund und Boden verdammen. Aber es hat kein Zweck, sich mit dieser zeitigen Vermirrung auseinanderzusetzen. Staat und Gemeinde sind in steigendem Maße, abgesehen von der Uebernahme sozialer Pflichten, Unternehmer und Arbeitgeber geworden, und vielleicht ein Drittel des gesamten Volkseinkommens geht durch die öffentliche Hand. Mit den alten Rezepten sind bei dieser Lage die Aufgaben nicht mehr zu meistern. Wenn man auch seit entschlossen ist, Mißstände zu beseitigen und eine Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft zu verhindern — gerade ich habe diesen Entschluß bekräftigt —, so muß man doch erkennen, daß wir vor neuen Verhältnissen und neuen Schwierigkeiten stehen. Auch die politischen Vorgänge unserer Zeit und die Gestaltung und Entwicklung der Parteien sind lediglich eine Folge völlig veränderter Zustände. Je weitgreifender aber die Funktionen des Staates und der Gemeinde sind, desto wichtiger im Leben des einzelnen wird die Politik.

Die Einstellung zu den politischen Angelegenheiten ist im deutschen Volke eine zwiespältige. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die alles verwerfen, was seit dem Zusammenbruch des Reiches und der Revolution wieder aufgebaut worden ist, die nicht wissen, aus welchem Chaos das heutige deutsche Staatswesen wieder erstanden ist, und die in blinder Wut alles Bestehende vernichten und zerstören wollen. Auf der anderen Seite finden wir die staatsbeachtenden Elemente, die bei aller Kritik am Bestehenden und bei allem Willen zur Reform sich darüber im Klaren sind, daß es gilt, auf der neu gewonnenen Grundlage des heutigen Staates Nation und Wirtschaft weiterzuentwickeln. So ist ein Kampf entbrannt zwischen den zerstörenden und aufbauenden Elementen, die den wahren Zusammenhang der Dinge zu verstehen suchen und aus dieser Erkenntnis einen gelunden Fortschritt antreiben, und den negierenden und zerstörenden Elementen auf der anderen Seite, die lediglich die Fehler sehen und deswegen das Ganze vernichten wollen. In diesem Kampfe geht es nicht mehr um den Gegensatz zwischen Fortschritt und Konserwativismus. Sowohl die gelunden fortschrittlichen als auch die konserwativen Elemente bejahen den heutigen Staat. Ihr Gegensatz ist nicht mehr der entscheidende Hauptpunkt im politischen Kampfe. Im Vordergrund dieses Kampfes steht vielmehr der Streit um die Befestigung des Reiches in seiner heutigen republikanisch-parlamentarischen Form. In diesem Kampfe wird sich erweisen, ob die konstruktiven Kräfte des Volkes stärker sind als

die zerstörenden. Die Leistungsfähigkeit jeder Nation bemißt sich danach, ob und inwieweit die aufbauenden Elemente in ihr stärker sind als die zerstörenden Kräfte. Ueberwiegen die letzteren, dann ist das Schicksal eines Staates entschieden, und der staats- und volksverbessernde Charakter solcher Bewegungen wird späterhin von der Geschichte verzeichnet, indem sie den Untergang eines solchen Volkes berichtet. Den Kampf gegen alles Bestehende predigen, heißt das Gegenteil von demjenigen tun, was patriotische und nationale Gesinnung verlangt. Es hat in der Weltgeschichte noch nie einen Idealstaat gegeben, aber auch noch nie ein Volk, das seine staatsliche und völkische Existenz noch lange aufrecht erhalten konnte, wenn es seinen Staat und dessen Verteidigung nicht als seine oberste Aufgabe erkannte. Infolgedessen geht es auch in Deutschland darum, den mühselig wieder aufgebauten heutigen Staat trotz aller Mängel, die er aufweist, zu achten und zu verteidigen als das große Saus, in dem das deutsche Volk wohnt.

Die kommenden Jahre sind Schicksalsjahre Deutschlands. Der historische Denkmahl wird Verfaßnis dafür



Eine schwierige Mission.

Die Aufgaben des neuen polnischen Botschaften.
Warschau, 31. Dezember.

Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski“ widmet dem neuen polnischen Botschaften in Berlin, Wjostki, einige warme Abschiedsworte. Berlin sei augenblicklich der schwierigste Posten für einen polnischen Diplomaten.

Ueber die Schwierigkeiten der Berliner Vertretung schreibt das Blatt: Wenn man sich vorwärts wagt, daß die Grundaufgabe jeder diplomatischen Vertretung die Herbeiführung nach Möglichkeit der besten Beziehungen zwischen dem eigenen und dem fremden Staat sei, könne man sofort die Schwere der Aufgabe des Botschaften Wjostki verstehen. Am Augenblick sei in Berlin die Arbeit an der Herbeiführung irgendeines modus vivendi mit einer Quadratur des Kreises zu vergleichen. Sich in einer Zeit, wo in Deutschland Vernunft, Ueberlegung und Mäßigkeit auf der Börse der nationalen Eigenschaften 90 v. H. eingebüßt hätten, auf Ueberlegung und Interessen zu berufen, entspreche ganz einem Unternehmen des Don Quixotte.

In einer Atmosphäre, die von Leidenschaften erfüllt sei, die überdies ganz direkt gegen Polen gerichtet seien, bedürfe es ganz außerordentlicher persönlicher Begabungen, um gute Verhältnisse mit einer Regierung herbeizuführen, deren Mitglieder mit dem Programm der Revision der deutsch-polnischen Grenze offen hervortreten. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß es in diesem Augenblick kaum möglich sei, durch den guten Willen von polnischer Seite irgend etwas Positives zur Entspannung der deutsch-polnischen Verhältnisse beizutragen.

Senatsneubildung in Bremen.

Die Stellungnahme der D. V. P. entworfen.

Bremen, 30. Dezember.

Vom Vorstand des Landesvereins der D. V. P. ist der NSDAP mitteilt worden, daß die Frage der Neu- und Umbildung des Senats verfassungsgemäß Sache der neuen Fraktion der D. V. P. in der Bürgerkammer sei. Die Stellung des Vorstandes des Landesvereins der D. V. P. zu der angegriffenen Frage dürfte aus dem Wahlkampf bekannt sein.

Wie erinnerlich, hatte die Parteileitung der NSDAP an die Parteien und Fraktionenleitungen der bürgerlichen Parteien Bremens die öffentliche Aufforderung gerichtet, sich zu äußern, ob sie bereit seien, sich mit allen Kräften für die Bildung eines marxistenfreien Bremer Senats einzusetzen. Nach der Antwort der Wirtschaftspartei und der Haus- und Grundbesitzer ist die Antwort der D. V. P., deren Bürgerkammerfraktion mit 15 Mitgliedern die zweitstärkste nicht-marxistische Gruppe ist, die letzte noch ausstehende Stellungnahme. Die Deutschnationalen werden keine Antwort erteilen, da ihnen die Anfrage der NSDAP offiziell nicht zugewandt ist. Ihre Mitwirkung wurde Mißbilligend als selbstverständlich vorausgesetzt. Die endgültige Entscheidung über die Bildung eines marxistenfreien Bremer Senats hängt also von der Haltung der neuemäßigten Bürgerkammerfraktion der D. V. P. ab.

Eine englische Stirn.

Der „Observer“ über die Polen-Greuel in Ostgalizien.
London, 31. Dezember.

Zu den politischen Greueln in Ostgalizien schreibt der „Observer“ niemand könne mehr die Schwere der Verbrechen beweisen, auch wenn man gewohnheitsmäßig den Klagen der Minderheit wenig Gehör zu schenken pflege. Die Beweise seien zu zahlreich und zu überzeugend; die Art der Verbrechen verlange eine sofortige drastische Beurteilung.

Der Völkerverbund habe bewegen eine wichtige Aufgabe und werde damit auch dem Wunsch aller erstundenden Polen entgegenkommen, die ihr Land von den im Ausland erhobenen Beschuldigungen wegen der Wjostki-Greuel befreit sehen wollten.

Der diplomatische Korrespondent desselben Blattes betont, der deutsche Protest wegen der Vorgänge in Ostgalizien sei von allererster Bedeutung; bisher sei noch keine Urkunde ähnlicher Art so präzis abgefaßt und mit Einzelheiten belegt worden wie die deutsche Note. Der Korrespondent meint, zunächst würden die Erörterungen der Veranlassung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen; es bestche aber kein Grund für Dr. Curtius, den Vorschlag in der Ratstagung im Januar einem anderen zu übertragen, denn es ständen auch andere für Deutschland wichtige Fragen, wie das Datum der Abrüstungskonferenz, auf dem Programm.

Propaganda des „Germanismus“.

Wie das „Echo de Paris“ über die Offiziere des Kaisers denkt
Paris, 31. Dezember.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt, daß man deutscherseits die Reise des Kaisers zwar als eine Studienreise hinstelle, daß es sich aber in Wirklichkeit um nichts anderes handele, als um eine Propagandareise mit dem Ziel, die Landbevölkerung zur pangermanistischen Propaganda anzufeuern.

Brüning und Curtius wüßten nach den Ergebnissen der polnischen Wahlen sehr wohl, daß die Zeit in Oberschlesien, im Korridor und selbst in Ostpreußen gegen sie arbeite. (11)

Nach den schönen Worten und leeren Versprechungen für Steuerermäßigungen habe die Reichsregierung die Zeit für gekommen, endlich eine aktive Politik einzuleiten. Unter dem Vorwand landwirtschaftlicher Beihilfen, werde sie nunmehr beträchtliche Summen zur Verfügung derjenigen Elemente stellen, die in hartnäckigem und jähem Kampfe gegen den polnischen Gedanken kämpfen. Die Reise Brüningss bedeute daher den Beginn einer Propaganda großen Stils zugunsten des Germanismus in den Grenzprovinzen des Ostens.

Der polnische Innenminister in Ostoberschlesien, Sattowicz, 31. Dezember. Der Innenminister Sattowicz weist in der Wojewodschaft Schlesien, um, wie die „Polisa Jachodnia“ meint, in Begleitung des Wojewodschaftspräsidenten Saloni und der zuständigen Landräte diejenigen Ortschaften zu besuchen, in denen während der letzten Wahlen Terrororte verübt wurden. Der Minister verhandelt nicht nur mit den zuständigen Ortsbehörden, sondern läßt sich auch von den Geliebten selbst unterstützen. Wie die „Polisa Jachodnia“ bemerkt, soll der Besuch des Ministers dazu dienen, geeignetes Gegenmaterial gegen die deutschen Anschuldigungen zusammenzustellen.